

Cübeder Volfsbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volfsbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckförmige Petizette oder deren Raum 60 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 285.

Freitag, den 6. Dezember 1918.

25. Jahrg.

Der Sozialismus als Konkursverwalter.

Von Otto H.ue.

Ist es ratsam, die Sozialisierung der „dafür reisen“ Produktionsmittel vorzunehmen, bevor wir die uns zugesagten Friedensverträge mit der Entente abgeschlossen haben? Welche Produktionsmittel sind „reif“ für die Sozialisierung und wer kann sagen, welche Verpflichtungen den Besiegten in wirtschaftspolitischer Hinsicht durch die Sieger auferlegt werden? Gibt es bei uns vernunftbegabte Menschen, die der Überzeugung sind, die Beauftragten des Entente-Imperialismus bei den Friedensverhandlungen würden die Durchführung des proletarischen Sozialismus begünstigen? Das hieße die internationale Solidarität des Privatkapitalismus völlig verlernen.

Die Sieger werden die Friedensbedingungen nur mit einer deutschen Regierung verabreden — soweit überhaupt von einer Verabredung die Rede sein wird — die sich auf eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung stützt. Sollen und dürfen wir aber den Friedensabschluss hinausschieben, bis die Sozialisierung der Produktionsmittel, obendrein ohne Zustimmung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung, vollzogen ist? Wer die gegenwärtige Diskussion über den Umgang der für die Sozialisierung „reisen“ Produktionsmittel, über die beste Art der Enteignung, die Entschädigungen und über die Frage der praktischsten technisch-wirtschaftlichen Direction der sozialisierten Produktionsmittel aufmerksam verfolgt, ist sich klar, daß der gedachte tiefeinschneidende Umwandlungsprozeß nicht in wenigen Wochen, nicht einmal in wenigen Monaten zum Abschluß gelangen kann. Können und dürfen wir aber solange den Abschluß der Friedensverträge hinausschieben, immer vorausgesetzt, die Entente läßt uns in Ruhe?

Wenn man allerdings den rabiatesten Bildersäumern glauben dürfte, dann bedarf es sozusagen nur einer „Verordnung“ und alsbald wäre das Proletariat souveräner Eigentümer der vergefächelten Produktionsmittel; es hätte dann zugleich gemeinnützig geregelte Beschäftigung, ausreichende Entlohnung und Nahrungsversorgung. Ach, wenn dies richtig wäre, ich würde der erste sein, der die sofortige Sozialisierung forderte. Aber ganz abgesehen von den verwickelten privatrechtlichen und finanziellen Problemen, die bei der Sozialisierung gewisser Produktionsmittel gelöst werden müssen, ist doch heute in erster Linie zu fragen: Wie steht es überhaupt mit der Arbeitsmöglichkeit unserer Großindustrie, deren sofortige Sozialisierung empfohlen wird? Besitzen wir jetzt die Möglichkeit, diese Industrien, die gewaltige Arbeitersassen zu beschäftigen haben, die notwendigen Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren zu produzieren?

Greifen wir unsere große Eisen- und Stahlindustrie heraus. Sie muß sich schneidig auf Friedensarbeit umstellen. Inwieweit kann sie das gegenwärtig? In dem Vorriegsjahr lieferten ihr allein die Gruben im deutschen Zollgebiet rund 36 Millionen Tonnen Eisenerze. Davon kamen 23,4 Millionen Tonnen aus Letzlingen und Lüneburg! Von dort erhalten wir jetzt kein Erz und Roheisen mehr; die Entenetruppen halten diese Gebiete besetzt! Wir erhielten ferner 10 Millionen Tonnen Eisenerze aus Spanien, Schweden, Norwegen, Frankreich. Auch diese Zufuhr ist nun so gut wie unterbunden, solange der Frieden nicht abgeschlossen ist. Wie sich dann unser Außenhandel gestaltet, müssen wir erst sehen. Es steht mit hin unserer Eisen- und Stahlindustrie bis zum Friedensabschluss als sichere inländische Eisenerzversorgung nur eine Menge von 6 bis 7 Millionen Tonnen zur Verfügung, vorausgesetzt, es sind genügend geschulte Arbeitskräfte und brauchbare Betriebsmaterialien vorhanden, was jürgen nicht der Fall ist. Dann könnten mit Schrotzubruck vielleicht drei Millionen Tonnen Roheisen Jahreserzeugung hergestellt werden. Unsere Erzeugung in dem Vorriegsjahr belief sich aber auf 19, im besten Kriegsjahr wahrscheinlich (genaue Zahlen sind nicht publiziert) auf 14 bis 15 Millionen Tonnen. Wie sollen die Millionen Arbeitskräfte, die in den großen Eisen- und Stahl-, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in den ungemein mannigfaltigen Kleineisen- und Bergl. Industrien Beschäftigung haben müssen, lohnende Arbeit erhalten, wenn nur ein Schatzet der früheren Eisen- und Stahlherstellung zur Verfügung steht? Auch raschste Sozialisierung der Betriebe könnte an diesem ungeheuren Materialmangel natürlich gar nichts ändern.

Die sozialistische Industriedirection über Übernahme die unmöglich zu lösende Aufgabe, ausgedlossen von dem ausländischen Handel für Millionen Menschen Arbeit zu beschaffen, obwohl es hierfür an der nötigen Grundlage fehlt! Man muß wissen, welche beispiellosen Schwierigkeiten nun vorzüglich geschulten privatkapitalistischen Betriebsverwalter zu überwinden haben, damit während der plötzlichen Kessierung von der jahrelang alles beherrschenden Kriegs-

wirtschaft die zusammengeballten Arbeitersassen wenigstens notdürftig, d. h. sehr häufig ganz unproduktiv, weiter beschäftigt werden können, um zu verhindern, daß durchaus nicht wenig Großunternehmer geneigt sind, die Verantwortung für die gewaltige Betriebsumschichtung und Arbeitsbeschaffung auf andere Schultern abzuladen. Wer die großindustriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unabsehbare schwere Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total umwälzende Eingriffe in die komplizierte Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse aufzuhallen würden! Man glaube auch ja nicht, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft mit der Sozialisierung in gegenwärtiger Zeit einverstanden ist. Sie kann aber nur ohne schwere Erschütterungen der Volkswirtschaft durchgeführt werden, wenn wenigstens diese proletarischen Massen sich tüchtig in ihren Dienst stellen. Man sagt nicht zweimal, wenn man behauptet, daß unsere Gewerbe- und Stahlindustrie mit ihren weitverzweigten Hilfsgewerben vor dem nahen Konkurs steht, wenn ihr nicht durch den raschen Abschluß eines Vorfriedensvertrages die Möglichkeit verschafft wird, sich wenigstens einigermaßen ausreichend mit metallischen und anderen Roh- und Halbmaterialien aus dem nahen und fernen Ausland zu versorgen. Wird diese Möglichkeit gleichzeitig von welcher Seite, ausgestaltet, so werden hier große Betriebseinstellungen erfolgen: dann ist uns aber auch die dringlich nötige Ergänzung unseres außerordentlich abgenutzten Eisenbahnmaterials, die Belieferung der umfangreichen Metall- und Maschinenindustrie, auch der Kleinenindustrie, die bereits stark unter Mangel an Arbeitsmaterial leidet, unmöglich gemacht. Eine Arbeitslosigkeit von gewaltigem, katastrophalem Umfang ist die Folge! Der Bergbau, dessen Bedarf an Eisen, Stahl und sonstigen Metallen für die maschinellen Hilfsmittel bedeutend ist, kommt dann auch über kurz oder lang zum Erliegen, kann wenigstens nicht einmal die heute schon bedeckt gefundene Kohlenförderung aufrecht erhalten. Das alles wird sich innerhalb kurzer Zeit vollziehen, wenn erst einmal, was in absehbarer Zeit zu befürchten ist, die Hochofen- und Stahlgiesser zum Stillstand verurteilt sind. Das wäre der Konkurs!

Ist es denn die Aufgabe des Sozialismus, als Konkursverwalter zu wirken? Zumal wenn der Konkurs einem volkswirtschaftlichen Zusammenbruch gleichkommt, weil wir während der feindlichen Einschließung auferstanden sind, Baumaterial für den Neubau zu beschaffen?! So haben sich Marx und Engels die Überführung der Produktionsmittel in den Dienst der Gesellschaft nicht vorgestellt. Nur wer mit völliger Unkenntnis der industriellen Praxis gegenübersteht, kann der tollen Meinung sein, „gerade jetzt“ sei der Zeitpunkt für die „Expropriation der Expropriateure“ gekommen.

Lebensnotwendig ist für uns jetzt die raschste Beendigung des Kriegszustandes. Daraus hängt auch nicht zuletzt die Zukunft des Sozialismus ab. Er kann sich nur gesichert auf den Willen der großen Volksmehrheit aufbauen, seine diktatorische Durchführung durch eine Minderheit ist eine praktische Unmöglichkeit. Deshalb ist die Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung nicht länger hinauszchieben, als es die wahltechnischen Voraussetzungen unbedingt erforderlich machen. Nur die möglichst raschste Aufhebung der feindlichen Blockade eröffnet uns die Aussicht, durch Zufuhr von Rohstoffen den Konkurs unserer wichtigsten industriellen Erzeugungsstätten zu verhindern. Gelingt uns das, dann wird die Sozialisierung der dafür geeigneten Produktionsmittel in Übereinstimmung mit der Volksmehrheit zu vollziehen sein.

Die Wahl zur Nationalversammlung.

Mischmasch ohne Grenzen.

Die bürgerlichen Parteien schließen sich weiter durcheinander. Die „C. U.“ meldet, daß die Deutsche Volkspartei in die Deutsche demokratische Partei aufgenommen worden ist. Die Deutsche demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage ihres Aufrufes vom 16. November möglich sei, und daß dieselben Persönlichkeiten, die bei der Agitation für annexionistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber befolgten Politik eine führende Rolle gespielt haben, sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gekämpft haben, innerhalb der Partei nicht hervortreten werden. In Verfolgung der erzielten Einigung werden die Herren Dr. Friedberg, M. d. A. Dr. Blankenburg, M. d. A. Dr. Böllert, M. d. R. und Frau Mende-Böllert in den vorläufigen Vorstand der Deutschen demokratischen Partei eintreten.

So haben doch auch die unerwarteten Kriegsheer ein demokratisches Stübchen bekommen. Die Situation klärt sich mit jedem Tage mehr. Nun fehlt noch die Konstituierung. Wie lange noch? In der „Kreuzzeitung“ erklären sie bereits:

„Die konservative Partei wird sich, ohne rückwärts zu schauen, den neuen Verhältnissen anzupassen und ihr Programm entsprechend zu gestalten haben.“

Sie stehen „der in der Bildung begriffenen Nationalen Volkspartei freundlich gegenüber“. Und da mit dem Eintritt eines Teils der Altdenutschen in die Deutsche demokratische Partei schon die Brücke zu den kommenden nationalen Volkspartei gelegten ist, wird man bald die ganze bürgerliche Familie geschlossen beieinander finden können.

Beschleunigung der Wahlen.

Das Direktorium des Freistaates Oldenburg stellte den vom oldenburgischen Landtag einstimmig angenommenen Antrag auf Festsetzung der Nationalversammlungswahlen in kürzester Frist, damit das öffentliche Leben in Deutschland wieder in gesetzliche Bahnen gelenkt und eine Vertretung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland den Frieden zu schließen. Ebenso hält der Staatsrat für Anhalt den 16. Februar für zu spät und empfiehlt durch Abkürzung der Fristen und vereinfachte Vorrichten die Wahl spätestens bis Mitte Januar zu ermöglichen. Auch aus dem Rheinland, Westfalen, so von sämtlichen erreichten Handelskammern und von der Stadtverordnetenversammlung in Köln wird einsilbig die unmittelbare Beendigung der Nationalversammlung verlangt, damit die Einheit des Reichs nicht durch separatistische Bestrebungen gefährdet werde.

Eine amtliche Berliner Meldung stellt fest, daß die Abstimmung des 16. Februar's des Wahltages für die Nationalversammlung mit 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde.

Aus den besetzten Gebieten.

In Ludwigshafen wurde Donnerstag von den Franzosen besetzt. Zwei englische Kavallerieregimenter befreiten Ludwigshafen. Sie sind im Marsch auf Düren. Die Quartiermacher der Engländer trafen hier ein. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besatzung erhalten. In Odenthal werden 5000 Mann erwartet. Damit erreichte der Feind nun auch den München-Gladbacher Industriebezirk.

Gestern nachmittag wurde der linksrheinische Stadtteil Köln durch belgische Kavallerie besetzt. Mittags 12 Uhr wurde der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

Infolge der ausgelebten Geldprämien für die Bergung von Geschützen auf dem rechten Rheinufer vor der feindlichen Besetzung hat Köln ein eigenartiges Bild. Entlassene Soldaten, halbwüchsige Burschen und die Schulfugend haben sich vor Brocken und leichter Geschütze gespannt und retteten das kostbare Material vor dem Feinde.

Zwei belgische Kavallerieabteilungen in Stärke von 300 Mann rückten in den linksrheinischen Stadtteil Düsseldorf. Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinufern ist verboten, auch die Ueberfahrt von Lebensmitteln und Milch aus dem besetzten Gebiet in den rechtsrheinischen Stadtteil ist nicht gestattet.

Die Besetzung des linken Rheinufers durch Frankreich bedeutete zunächst nichts als eine strategische Sicherung. So sagte man uns. Dann sollten diese Gebiete als Faustpfund gehalten werden, bis die deutsche Kriegsentzündung bezahlt war. Auch das ließ sich noch hören. Heute meldet der Pariser Berichterstatt von „Stockholms Dagblad“, daß sich unter der ganzen linksrheinischen Bevölkerung eine starke Neigung zeige, sich der französischen Republik anzuschließen. Die Meinung der französischen politischen Kreise über diese Angelegenheit sei folgende: Niemand denkt daran, das linke Rheinufer zu annexieren. Frankreich werde diese Gebiete nur einverleiben, wenn deren Einwohner es selbst verlangen sollten und es vorziehen, dem mächtigen Reich Frankreich anzugehören, anstatt in dem ruinierten Deutschland durch große Steuern ausgesogen zu werden. Clemenceau bekommt also Appetit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

346 Millionen Mark Gold nach Frankreich.

Berlin, 6. Dezember. Eine Reihe ehrhafter Blätter hatte, gestützt auf eine Meldung der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, die Nachricht gebracht, daß, entgegen Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen, nach denen Rückzahlung aller in Deutschland gezahlte Geld zurück zu erstatten sei, und zwar zu Händen der Entente, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Regierung 240 Millionen Mark zurückgezahlt habe, aber nicht an die Entente, sondern an die polnisch-mitteleuropäische Regierung in Moskau. Demgegenüber wird festgestellt: Die Reichsbank hat auch nicht einen Pfennig Gold an die polnisch-mitteleuropäische Regierung auszuführen. Die Reichsbank hat vielmehr in getreuer Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages 93536 Kilogramm Feingold im Betrage von rund 346 Millionen Mark nach Frankreich geschickt. Die Sendung ist unterwegs nach Paris.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Zehn, wer Recht und Wahrheit sieht, zu unserer Fahne steht zuhauf!

Unsere Fahne ist die der alten Sozialdemokratie.

Deshalb, Männer und Frauen, schließt Euch dem Sozialdemokratischen Verein an!

Meldungen werden im Parteiretreat, Johannisstraße 50, und in der Redaktion des „Volksboten“ entgegengenommen.

Fehrenbachs irrite Rechtsauffassung.

Herr Fehrenbach, der frühere Reichstagspräsident, hat in ziemlich heiterer Weise gegen die Einstellung der Dätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten und die Entziehung der Freifahrt protestiert. Er gebraucht dabei die Redewendung, ebenso gut könne die Regierung nach ihrer Rechtsauffassung eine beliebige Bestimmung des bürgerlichen Gesetzbuches oder der Prozeßordnung bestimmen lassen.

Wenn die gesamten Rechtskenntnisse des Rechtsanwalts Fehrenbach sich auf dieser Höhe bewegen, so fürchten wir um seine Braxis. Gerade als Jurist müßte Fehrenbach wissen, daß diese beiden Dinge nicht miteinander zu vergleichen sind. Gewiß darf die revolutionäre Regierung nicht in die privaten Rechte der einzelnen Bürger willkürlich eingreifen, soweit sie das private Recht des einzelnen antasten will, muß sie sich durch besonderes Gesetz hierzu ermächtigen lassen. Aber die Dätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten beruht nicht auf dem bürgerlichen Gesetz, wie die Gehaltzahlungen an einen Angestellten. Sie ist vielmehr Bestandteil des öffentlichen Rechts, was sich auch darin zeigt, daß z. B. die Abgeordneten auf die Däten nicht verzichten dürfen. Das öffentliche Recht ist aber durch den Akt der Revolution selber auf das liegreichendste geändert worden. Auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts ist die Revolution direkt rechtserzeugender Faktor. Sie hat die alten Verfassungseinrichtungen und damit auch den Reichstag beseitigt. Wo es aber keinen Reichstag mehr gibt, kann es natürlich auch keine Dätenzahlungen mehr an Reichstagsabgeordnete geben. Sonst könnte ebenso gut jemand behaupten, daß trock Beseitigung der Monarchie immer noch die Zivilisat. an die davongesagten Monarchen ausgezahlt werden müsse.

Die Armee Madenjen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgelegt, daß von einer Interierung der Heeresgruppe Madenjen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten. (Die Heeresgruppe Madenjen, die aus Rumänien und dem Balkan kommt, zählt nach zuverlässigen Meldungen etwa 250 000 Mann.)

Über die Entwicklung der Armeo meldet „A. G.“, daß die in der Umgebung von Hermannstadt stehenden deutschen Truppen die Waffen vor dem französischen General Berthelot niedergelegen. Diejenigen deutschen Truppen, die in den übrigen Städten des Bezirkes, in Großwardein, Szolnok, Abony, Rimaszóllas sich befinden und auf dem Heimmarsche begriffen sind, werden die Waffen einer ungarischen Militärgouvernance übergeben. Die Waffenstreckung verläuft bis jetzt überall in Ordnung, ohne Störung. Die deutschen Truppen verlaufen einen Teil ihrer Ausrüstung, ihre Pferde, Autos und Wagen, zu Spottpreisen.

Der Präsident der Zentrale der Soldatenräte der Madenjenschen Armee, Unteroffizier Braun, teilte einem Korrespondenten des „Pester Lloyd“ mit, daß die Armee fast seit vier Wochen ohne jede Nachricht aus der Heimat gewesen sei; als dann spärliche Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland eintrafen, wurden auch in der Armee Madenjen Soldatenräte gewählt, die zu dem Oberkommando in vorzüglichem Verhältnis stehen. Die Soldatenräte betrachten als ihre wichtigste Aufgabe eine möglichst glatte Rücküberförderung der Truppen. An die deutsche Reichsregierung habe der Zentralrat ein Telegramm gerichtet, wonach sich die Soldaten der Armee Madenjen keinesfalls einer Diktatur fügen, wohin sie auch kommen möge; sie würden baldige Einberufung der Nationalversammlung fordern.

Ein Zukurteil über Wilhelm den Letzten.

Nachdem Dr. Steiniger im „Tag“ den Kaiser so schön charakterisiert hat, kommt nur der Rittergutsbesitzer von Sredow auf Bradow (Oberschlesien) und verteidigt ihm in einem Flugsatz diesen Eindruck:

In diesen geistig unnormalen Menschen hängte sich leider die Königstreue konervative Partei, und hat dadurch zum großen Teil den Sturz der Monarchie verursacht; denn jetzt nach 30 Jahren Regierung eines vom Kaiser wahrsch. befahlene Menschen konnte ja nicht mehr vor Solche erwartet, daß es in Erinnerung an die Herausforderung monarchisch blieb. wäre Wilhelm II., wie es richtig war und von vielen auf Grund von örtlichen Gründen befürwortet wurde, vor Jahrzehnten unter Kuratel gestellt, so dämmte wohl heute viele, die begeisterte Republikaner sind, nicht an die Republik. Können die Führer der sozialdemokratischen Partei, die aus Schülern dem Erzherzog der Krone nicht wagten, einen unnormalen Menschen von der Regierung zu entfernen, sich wundern, daß einige tausend Menschen, die durch den Krieg schwer gelitten haben, sich hinter Gebühren stellen, einen Menschen, der ebenso wie Wilhelm II. in eine Inhaft gehörte? Beide befreiten durch überdrückliches schnelles Amnestien, und wäre nicht der eine auf dem Throne geboren, wer weiß, ob sie nicht Tägter an Schülern gefangen hätten.

Das kürzige meint Herr von Dredom, die konserватiven Landwirte könnten sich, indem sie sich auf den Boden der freien Republik stellen, mit der Sozialdemokratie viel eher vertragen als mit dem großkapitalistischen Liberalismus.

Der Schierhut — deutsche Nachahmung.

Zu den Meldungen über die der Zivilbevölkerung in Sachsen, Süßlich zw. von der belgischen Besetzung unter Abschaffung der Befreiung auferlegte Verpflichtung: „die vorausgehenden Offiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu ziehen und dabei den Bürgersteig zu verlassen“, sei darauf hingewiesen, daß auch dieser Erlass nur eine Kopie dessen ist, was deutsche Oberbefehlshaber in bezogenen Gebieten angeordnet haben. Als Parallelen diene z. B. die am Ende 1915 oder Anfang 1916 stattfindende Verordnung der militärischen Kommandanten der — im September 1915 eingesammelten — polnischen Stadt Świebodzin, die ausweislich eines vorliegenden Planzeichnungs in räumlicher, politischer und sozial-politischer Sprache besagt:

„Es wird allen Einwohnern der Stadt bekannt gemacht, daß sie verpflichtet sind, bei der Begegnung mit Offizieren den Bürgersteig zu verlassen und sie durch Abnahme der Kopfbedeckung zu grüßen. Bei Nichterfüllung dieses Kommandanturbefehls wird strenge Bestrafung erfolgen.“

Die belgische Anordnung wird dadurch in unseren Augen nicht besser und nicht billigerwerter. Aber das soll das deutsche Volk wissen, daß es auch diese Schmach legten Endes den schuftigen Offizieren des alten Systems verdankt!

Waffenstillstand und Frieden.

Nach einer Reratemeldung wurde auf der Interalliiertenkonferenz die Verlängerung des Waffenstillstandes erwartet. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Die Oberste Heeresleitung hat auf eine Anfrage der Heeresgruppe Herzog Albrecht mitgeteilt, es beständen keine Bedürfnisse, daß der Waffenstillstand von Seiten der Entente gekündigt würde.

Der „Matin“ meldet, daß die Verhandlungen über die Missionierung der Waffenstillstandsbedingungen noch fortduern und man sich über gewisse Punkte nicht einigen könne.

Das Pariser Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage ausdrücklich befüllt, daß keinerlei Hindernis vorstehe, die Unterzeichnung des Vorfriedens Ende dieses Monats vorzunehmen.

Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbundsländern interniert lassen müßt.

Die Forderungen des Feldheeres.

Die Ergebnisse der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems sollen dem am 16. Dezember in Berlin zusammengetretenen Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte in Form eines kurzen Berichts vorgelegt werden. Die Bearbeitung hat im Einvernehmen mit der Leitung des Vertretertags in Ems der Vollzugsausschuß des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung übernommen. Die Hauptergebnisse der Tagung bestehen in folgendem:

1. Einstimmiges, entschiedenes Eintreten der 326 erschienenen Vertreter für die Regierung Saert-Haase, fast einstimmiges Eintreten für deren soziales Programm, einstimmiges Verlangen nach der Einberufung einer nationalen Versammlung und ungeschmälerte Mitwirkung des Feldheeres dabei.

2. Wahl von fünf sofort zum Berliner Vollzugsrat zu entsendenden Vertretern des Feldheeres.

3. Die Wahl von 64 Vertretern des Feldheeres für den Delegiertentag sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember in Berlin.

4. Bestellung des bisherigen Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung als Zentralsoldatenrat des gesamten Feldheeres.

5. Aufstellung unverbindlicher Richtlinien über die Organisation und Tätigkeit der Feldsoldatenräte.

Kleine politische Nachrichten.

5000 katholische Männer und Frauen haben in Köln nach Ansprachen der ehemaligen Abgeordneten Trimborn und Marx die Proklamation einer dem Deutschen Kaiser angehörigen, aber selbständigen rheinisch-westfälischen Republik gefordert.

„Petit Parisien“ zufolge sah die Londoner Konferenz einstimmig den Beschluß an, Holland eine Note über die Auslieferung des Kaisers zu richten.

England hat den weiteren Abtransport russischer Kriegsgefangener zur See untersagt. Dadurch wird auch der Abtransport englischer Kriegsgefangener fast unmöglich gemacht. 30 000 Russen seien in Westfalen und erschweren die Versorgung und den Verkehr.

Militärdemonstrationen fanden in Berlin und München statt. Nach einer Unteroffiziersversammlung im Circus Bülow zog ein großer Demonstrationszug zum Reichskanzlerpalais. Sie erklärt, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen. Auch Gardesoldaten und Telegraphisten demonstrierten im selben Sinne. In München forderten die Deinonstranten dem Minister Eisner sofortige Bekanntgabe des Termins zur bayerischen Nationalversammlung und erhielten entsprechende Versicherungen.

Böhmisches drangen in die norwegische Gesandtschaft in Petersburg ein und stahlen fünf Risse, die die Schweizer Gesandtschaft bei dem Abbruch der Beziehungen dort deponiert hatte.

In der Stadt Hollischau in Böhmen wurden Ausschreitungen gegen Juden verübt. Zwei Juden, davon ein aus dem Felde zurückgetretter Invalid, wurden getötet und die ganze jüdische Bevölkerung ihrer Hassgefechten begüßt.

Tschekische Streitkräfte sind im Anmarsch auf Riolzburg. Sie wollen die von Prag nach Budapest fahrenden Bahnlinien in Besitz nehmen und eine Verbindung mit der in Ungarn eingerückten französischen Balkanarmee herstellen.

Deutsche Truppen haben Karwa geräumt, die Räumung von Renai steht bevor. Wahrscheinlich werden die deutschen Truppen auch in Balde Riga aufgebaut und hinter die Düna zurückgezogen. Die deutsche Regierung hat die Republik Estland de facto anerkannt.

Österreich.

Die Kohlen- und Lebensmittelnot. Donnerstag ist eine Verordnung in Kraft getreten, die angesichts der großen Kohlennot die vollständige Sperrung aller Theater, Kinos, Varietés, Konzertsäle zw. verfügt, sowie die Schließung der Restaurants und Cafés um 9 Uhr abends, ferner eine Einschränkung des Gasverbrauches in den Haushaltungen auf einen Kilometer pro Tag. Der Sekretär der Wiener Stadtverwaltung wird Freitag oder Samstag eingestellt werden. Auf den Haupthäusern wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich nur ein Temporettengang im Bereich bleiben können. Österreichische Zeitungskorrespondenten schreiben die Lebensmittelnot in Österreich als äußerst schwerwiegend. Wien weise Kirchhofstraße an, die Fabriken arbeiten nur 5 Stunden am

Abschaffung des Adels. In der Nationalversammlung brachte Sevet (Soz.) den Antrag ein, alle Adelstitel, Adelsvorrechte, Ordenstitel und sonstige deraristische Bezeichnungen abzuschaffen, sowie die Ordensvermögen als Staatseigentum zu erklären. Außerdem beantragen Leuthner und Gloeckel (Soz.), die Familienfideikomisse zu enteignen und abzuschaffen.

Frankreich.

Die „Humanité“ gegen Gewaltfrieden. Mistral wendet sich in der „Humanité“ gegen die Heerbande, die nur das internationale Proletariat zugunsten des internationalen Kapitalismus speise und zu einem Gewaltfrieden führe, der neue Kriege zur Folge haben könnte. Die französischen Chauvinisten haben zum Teile, als der Sieg ungewiß war, immer geschrien, daß man den Krieg gegen Barbari führe, daß die Entente die Völker befreie, Deutschland sie aber knechten wolle, und den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest als schändlich und verbrecherisch verworfen. Nachdem sich der Krieg gewandt hat und die Lage der Mittelmächte der entspricht, wie sie in Russland und Rumänien war, wolle man die Kraft missbrauchen, erobern und annexieren. Wo bleiben denn da die Proteste der Entente auf Recht und Gerechtigkeit? Was würde aus der Annahme der Wilsonschen Grundsätze durch die Verbündeten Konferenz werden? All das sind nur schwächeren. Wir müssen uns mit allen Kräften gegen diesen blöden verbrecherischen Chauvinismus stemmen. Wir wollen die ganze Gerechtigkeit, aber nichts als diese.

Holland.

Revolutionäre Stimmung der Flotte. Die „König“ meldet aus Amsterdam: Der niederländische Marineminister hat den Befehlshaber der Station Helden, Admiral Alberda, von seinem Posten enthoben infolge der Entdeckung, daß die Mannschaften der holländischen Flotte bereit gewesen wären, mit Troelstra in die Revolution einzutreten, wenn nicht ganz das russische Vorbild nachzuhören. Der „Nieuwe Courant“ erklärt, die Flotte sei als Werkzeug der Landesverteidigung nicht mehr zuverlässig. Es müsse eine Reform des Hauses und der Glieder vorgenommen werden.

Türkei.

Armeniermetzleien.

Zu den systematischen Vernichtungskämpfen der türkischen Kriegsregierung gegen das armenische Volk im Jahre 1915 kommen jetzt weitere Mezelien, die von türkischen Truppen bei der Räumung der befreiten Gebiete Transkaukasiens verübt werden sind. 1915 sind in der Türkei etwa eine Million Armenier umgebracht worden. Und jetzt kommen Stimmen aus dem Kaukasus, daß die armenischen Opfer türkischer Truppen in die Zehntausende gehen. In Baku, in Ardahan und Oly ist es zu regelrechten Abschlachten gekommen. In Baku allein sollen an 30 000 Armenier getötet worden sein. In einigen Städten ist die armenische Bevölkerung restlos vernichtet. Wie die Tataren aus sagten, hätten sie von den abziehenden Türken die Erlaubnis erhalten, drei Tage lang in den armenischen Dörfern zu plündern.

England.

Der Wahlkampf. „Politiken“ erzählt aus Bergen von aus England zurückgekehrten Reisenden, daß der englische Wahlkampf mit unerhörter Heftigkeit geführt werde. Er entwickelt sich immer mehr zu einem Kampf zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus. — Daß die Kapitalisten alle Hebel in Bewegung setzen, um für ihre Ziele Stimmung zu machen, ergibt sich aus einer Äußerung Churchill's in einer Wählerversammlung in Dundee. Er sagte, man brauche nicht zu fürchten, daß Deutschland mit einer leichten Strafe davonkommen werde. Die Strafe werde alles bisherige an Schrecklichkeit übertreffen.

Woräufiges Wahlergebnis. Bis 8 Uhr abends waren 41 Koalitionsunionisten, 28 Koalitionsliberale, 1 Nationalist und 23 Sinnfeiner, gegen die keine Gegenkandidaten aufgestellt waren, gewählt. Ballot wurde in der City Londons gewählt. Misses Hope, die sich als Gegenkandidatin gegen Asquith in Cap. hatte ausspielen lassen wollte, konnte die Kandidatur nicht durchsetzen. Die Sinnfeiner Gräfen Blunkett und De Valera sind gewählt.

Amerika.

Abreise Wilsons. Wilson hat mit sich mit seiner Frau an Bord des Dampfers „George Washington“ begeben, der ihn nach Europa bringen wird. Er beabsichtigt, während seines Aufenthalts in Europa, Frankreich, einschließlich der Schlachtfelder, England, Italien und möglicherweise auch Brüssel zu besuchen.

Die Republikaner gegen Wilson. Im Senat brachte der Republikaner Knox eine Entschließung ein, die mit der Bildung des Völkerbundes und mit den eingreifenden Veränderungen in der völkerrechtlichen Bestimmung über die Freiheit der Meere zusammenhängende Fragen bis nach der Friedenskonferenz zu verlegen. In der Entschließung wird auch die sofortige Übertragung der amerikanischen Expeditionskräfte zu Wasser und zu Lande und die Annulation des Kriegsvollmachten des Präsidenten Wilson nach Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch den Feind verlangt. Die Entschließung wurde ohne Debatte der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Aus Süden und den Raumgebieten.

Freitag, 6. Dezember.

Darleistungsfeste für Kriegsgeschädigte.

Ziel der heimgekehrten und heimkehrenden Krieger des Mittelmachs haben damit zu rechnen, daß ihr Geschäft oder ihr Gewerbe daniedergegangen ist, lebten sie dem Raus unter die Fahne gefolgt sind, weil keine helfende Hand vorhanden war, die das Geschäft aus dem Kommerz weiterführte. Indem man nun

Feligung der Feuerung in den Haushalten.

Die Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen, der Landwirtschaft und des Kleingewerbes vom 8. April 1918; Deutscher Reichsanzeiger Nr. 78.

Wer in seinem Haushalt mehr als 50 Zentner Brennstoffe d. Steinohlen, Anthrazit, Steinkohlenkoks, Kreissteine, Braunkohlenkoks- und Koks) besitzt, ist verpflichtet, den Vorrat bis zum 15. d. Mts. der Ortskohlenstelle schriftlich zu melden.

Die gleiche Verpflichtung trifft die Haushaltungen mit Brennholzfeuerung, die zurzeit mehr als 50 Zentner der bezeichneten Brennstoffe im Besitz haben.

Mietmiete u. dergl. rechnen zum Haushalt ihres Vermieters (der Hauptmieters).

Die Gewichte sind, wo möglichs nicht möglich ist, so genau wie möglich zu schätzen, nötigenfalls unter Hinzuziehung von Sachverständigen.

Zuwiderhandlungen gegen die Meldepflicht werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldurteile bis zu Mt. 10 000 oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf die Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Abgesehen von den Überwachungsmaßnahmen des Polizeiamts wird auch der Soldatenrat Nachprüfungen durch besonders mit Ausweis versehene Abordnungen vornehmen lassen.

Lübeck, den 4. Dezember 1918. (6482)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 6.—11. Dezember 1918 kann auf den Abchnitt 54 der Bezugskarte für Aussichtsmittel ein Ei (Rührlaieier) zum Preise von 50 Pf. für das Stück verabschlagt und entnommen werden.

An Inhaber des Beugausweises für Militärlauber für die Zeit vom 2.—8. Dezember 1918 wird ebenfalls ein Ei auf den Abchnitt für Aussichtsmittel ausgegeben.

Die Rührlaieier sind zu weiterer Lagerung nicht geeignet, sondern müssen unverzüglich zur Bereitung von Speisen usw. Verwendung finden.

Die Abgabe der Eier erfolgt in den durch gelbes Aufhangschild „Verkauf von Eiern“ kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Lübeck, den 5. Dezember 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

befreend die Abgabe von Kartoffeln.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat bestimmt der Ausschuss für Kriegshilfe hierdurch:

I. Von 9. bis 15. Dezember d. J. dürfen auf Abschnitt 2 der Kartooffelkarte sieben Pfund Kartoffeln entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann bei den Kartoffelerzeugern und bei den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelartenabschläge getheilt.

II. Die in Abteilung A I der Kartooffelkarte zusammengefassten Abschläge I. bis 7. können von den Händlern auch in der Woche vom 9. bis 15. Dezember d. J. mit 50 Pfund Kartoffeln zum Preise von Mt. 3.75 beliefert werden, soweit ihnen von der badischen Kartoffelstelle für diesen Zweck Kartoffeln überwiesen werden.

III. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 5. Dezember 1918. (6437)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume der Kommission für die Feststellung der Kriegsunterstützung befinden sich ab morgen nicht mehr im 1. Obergeschoss des Grundstücks Braumstraße Nr. 2—4, sondern im Grundstück Unterstraße Nr. 104, im 2. Obergeschöß, Zimmer 27.

Lübeck, den 5. Dezember 1918. (6431)

**Die Kommission
für die Feststellung der Kriegsunterstützung.**

Sohlen aus zusammengesetztem Kernoberleder mit Lässen werden abgegeben. Verkauf nur Mittwochs und Sonnabends an jedermann von 9 bis 12 Uhr.

Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge
Königstraße 19 im 1. Stock Zimmer 8. 5461

Allgemeine Ortsaufenthalte für das Rückentlass Lübeck.

Nach der Verordnung über Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung vom 22. November 1918 — Reichsgesetzblatt Nr. 158 — werden vom 2. Dezember 1918 ab an:

1. Betriebsbeamte, Bermeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Haushalt bildet.

2. Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken.

3. Bähnen und Ortsvereinmitglieder ohne Rücksicht auf den Qualitätsgrad der Leistungen.

4. Lehrer und Erzieher,

5. Schüler aus deutscher Seejahrzeiten, soweit sie nicht unter die §§ 553 und 553b des Handelsgesetzbuches fallen, sowie auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt,

wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 2500 Mt., aber nicht mehr als 5000 Mt. beträgt, gegen Krankheit nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung versichert.

Gernnoch haben die Arbeitgeber die Anmeldung dieser Personen bis spätestens 10. Dezember 1918 bei der Kasse vorzunehmen.

Gutta, den 4. Dezember 1918. (6432)

Der Vorstand, D. Steenbock, Vorsteher.

Wieder eröffnet!

Färberel Reimers Nachf.

(chemische Reinigung)

Fischergrube 50.

Fischen von Müllern nachgestellt.

6441

Lübeder Landwirte!

Schwere Tage sind über unser geliebtes Vaterland hereingebrochen! Zu ihrer Überwindung bedarf es der

faträftigen Mithilfe aller Deutschen.

Gelingt es, die Ernährung zu sichern, Arbeit zu beschaffen, so wird auch die Ordnung aufrecht erhalten werden können und aus der Not der Zeit hoffentlich eine glückliche Zukunft ersprießen!

Landleute! Ihr habt vier schwere Kriegsjahre hindurch Heer, Stadt und Land ernährt; Ihr habt Großes, Bewundernswertes geleistet!

Helft uns jetzt, noch diese letzte Zeit überwinden und das Vaterland wird Euch immer dankbar sein.

Gebt nicht nur, was Euch durch Verordnung auferlegt wurde, zu geben, gebt darüber hinaus, was Ihr irgend entbehren zu können glaubt; bringt es in die Stadt, auf den Markt.

Noch eins: Haltet kein Geld zurück!

Auch der ungehemmte Umlauf aller Zahlungsmittel dient der Ordnung und Ruhe. **Euer Geld liegt bei den Banken viel sicherer, als Ihr es je zu Hause aufbewahren könnt.** Ihr habt weder eine Sperre Eures Guthabens, noch einen Verlust davon zu befürchten.

Landleute, das Vaterland vertraut Euch!
Lasst keinen Glauben nicht zu Schanden werden!

Rat der vereinigten Berufe.

Der Arbeitsausschuss:

H. Ambrosius. H. Eschenburg. Dr. H. Götz.

W. Köster. Marie Koltze. F. C. Lauenstein.

Ant Dr. Link. Dr. M. Neumark. C. Pauels.

W. Planthafer. H. Rosenquist. v. Schack.

M. Schiemann. G. Thode.

(6425)

**Johs. Tollgreve, Gold-
Schmied
Königstraße 92.
Moderne Schmucksachen
Tränringe
in verschiedenen Preislagen.
Gravierung gratis.** (6429)



Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung

sämtlicher in den Konservenfabriken
beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonnabend, d. 9. Dezember,
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konservenindustrie.
Referent: Kollege Radden.
2. Betriebsbesprechungen.

Alle in dieser Branche Beschäftigten, müssen zu dieser Versammlung erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Konservverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Für die Schlachtzeit empfehlen wir: 6428

Schwarzen Pfeffer gemahlen, in Paketen

1 Paket M. 0.40

Piment, gemahlen, in Paketen, à Paket M. 0.10

Nelken, gemahlen, in Paketen à Paket M. 0.10

Nelken, ganz à Pfund M. 40.—

Piment, ganz à Pfund M. 20.—

Piment, gemahlen à Pfund M. 20.—

Gewürzmischung, günstig und billiger

Ersatz für Pfeffer à Pfund M. 7.—

Getrocknete Blätter, sonst 50, 20 u. 12 g.

An die Parteigenossen im Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck!

Unter Beschluss des Bezirksvorstandes findet am

Sonntag, dem 20. Dezember 1918 in Kiel

ein

Bezirks-Parteitag

statt.

Großaufmarsch des Parteitages vormittags 9 Uhr präzise.

Die vorläufige Tagesordnung lautet wie folgt:

1. Konstituierung, Festsetzung der Tagesordnung, Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Bericht des Bezirksvorstandes.
3. Die Wahlzeit zur Nationalversammlung.
4. Aufstellung von Kandidaten zu derselben.*
5. Finanzierung des Wahlkampfes.
6. Verschiedenes.

Die Delegation zum Bezirksparteitag regelt § 5 Sunneres Organisationsstatus.

Die Delegierten werden ersucht, dem Lokalkomitee, dessen Adresse lautet:

Carl Nag, Kiel, Fährstraße 24,

von ihrer Wahl bis zum 27. Dezember Mitteilung zu machen.

Wegen der Schwierigkeit der Logistikbeschaffung werden spätere Meldungen nicht mehr berücksichtigt.

Das Lokal der Tagung wird noch bekanntgegeben.

Kiel, 4. Dezember 1918.

Der Bezirksvorstand. J. A.: Heinr. Kürbis.

*) Jeder Wahlkreis hat das Recht zur Aufstellung der Kandidatenliste für die Nationalversammlung bis drei Vorschläge zu machen. Der Bezirksparteitag stellt aus diesen Vorschlägen die endgültige Liste fest. Die Vorschläge müssen dem Bezirksvorstand bis zum 27. Dezember eingereicht werden. Spätere Vorschläge finden keine Berücksichtigung.

Ernährungsfragen.

Unsere Hungeraussichten.

Laut "Böllscher Zeitung" richtete das Ernährungsamt an das Auswärtige Amt eine Note über die Gefahren der deutschen Ernährungswirtschaft, in der es u. a. heißt: Die Versorgung mit Brotaufkneide und Kartoffeln bildete bisher das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft. Der Mangel an Arbeitskräften, sowie die Transportkrise haben die Ernte und die Einwinterung so beeinträchtigt, daß die Vorräte der Hauptwohnbezirke nur noch in wenigen Wochen reichen. Die Getreideversorgung ist infolge des Wegfallen der Importen aus dem Osten so ungünstig gestaltet, daß auch bei der Fortdauer der Importen in gleicher Höhe wie im Vorjahr die Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar reichen würden. Dann könnte in günstigem Falle nur noch eine Tageskopplung von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, vereilt werden. Die Unmöglichkeit des Abtransports der in Russland angekauften Getreide gestattet nur noch eine Fettabgabe bis zum 1. April, und zwar nur eines Tageskopfes von 3,13 Gr. Auch die Fleischration von 100 Gramm pro Kopf und Woche kann nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Importen aufrecht erhalten werden. Sonst müßte eine starke Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar erfolgen und damit der zurzeit ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes betragende Nährwert um etwa die Hälfte vermindert werden. Das würde ein langsames aber sicheres Verhungern bedeuten.

50 000 Fak Heringe für Deutschland.

Wenn die norwegische Parteipresse recht unterrichtet ist, wird die Regierung Norwegens uns mit Heringen aus Heeres-

beständen beliefern. In Stavanger sollen 50 000 Fak liegen, deren Abtransport nach Deutschland in Vorbereitung sei. Wie bekannt, hat schon vor einiger Zeit die norwegische Regierung den Entente diesen Vorschlag gemacht.

Stärkere Beweise für Deutschlands Not.

Die "Westminster Gazette" schreibt: Die ersten Meldungen der Beobachterstätten bei den in Deutschland einziehenden Truppen lassen sicherlich nicht vermuten, daß das Land dem Verhungern nahe wäre. Sie finden, daß die Bevölkerung des Reichslandes unter Verhältnissen lebt, wie sie Belgien und das besetzte Frankreich seit Jahren nicht gekannt haben. Nichts läßt vermuten, daß die Bevölkerung Entbehrungen durchmacht. Wir können nicht ganz Deutschland nach den Verhältnissen im Rheinland beurteilen; aber die Verbündeten werden stärkere Beweise als die bisherigen für die Hungersnot verlangen, bevor sie Lebensmittel Deutschland opfern.

Der englische Admiral Beatty erklärte am 15. November, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Schnelligkeit und dem guten Willen abhängt, mit dem die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages ausgeführt werden. Admiral Meurer antwortete darauf, daß der Chef des Hochseefliegmandos bestrebt sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedingungen des Waffenstillstandes so schnell und gewissenhaft als möglich zu erfüllen.

Amerikanische Lebensmittel.

Aus Washington wird gemeldet, daß innerhalb einer Woche nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes Swiss mit 200 000 Tonnen Lebensmittel für Nordfrankreich, Belgien und Österreich von Amerika abschiffen.

Eine amerikanische Versorgungswoche für Europa.

Harris meldet: Im Anschluß an einen Appell des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover ist am Montag in Amerika eine besondere Woche eröffnet worden, um Gelder für die Versorgung von 800 Millionen Einwohnern in Frankreich, Belgien, Rußland, für die mitteleuropäischen Mächte, Polen und Rumänien mit Lebensmitteln zu sammeln.

Wirtschaftliches.

Die Sozialisierungskommission.

Die endgültige Liste der Teilnehmer der Sozialisierungskommission lautet: Dr. Vogelstein, Dr. Karl Basse, Willibrandt, Hilferding, Hue, Lederer, Raatsky und Prof. Ernst Francke. Walter Rathenau ist ausgeschieden.

Ein deutscher Wirtschaftskongress.

einberufen von führenden Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, wird demnächst in Weimar stattfinden. Auf der Versammlungskonferenz in Berlin erklärte Generaldirektor Brügelmann, die deutsche Volkswirtschaft sei wohl geschlagen, aber nicht zerstört. Schaffende Kräfte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft müssen sich einmütig zusammenstellen und einen deutschen Wirtschaftskongress bilden, um sich gegenüber der Regierung, vor dem Ju und Auslände die Möglichkeit zu verschaffen, gegenüber all den neuen Wirtschaftsproblemen unverzüglich praktische Arbeit zu leisten. Eine Parteipolitik soll vom Kongress fernzuhalten sein, der einen bundestaatlichen Charakter tragen werde.

Soziales.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Berlin. Die Berliner Gewerkschaften melden in den letzten Tagen übereinstimmend hohe Arbeitslosenraten, die durch die heimkehrenden Soldaten, zu einem großen Teil aber auch durch die Un Sicherheit der politischen Verhältnisse und die damit im Zusammenhang stehende Säumung des Unternehmensgeistes hervorgerufen worden sind. Innerhalb einer Woche ist die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von 500 auf annähernd Tausend gestiegen. Bei den Holzarbeitern ist die Zahl der Arbeitslosen seit der vorigen Woche, wo sie rund 16 000 betrug, rapid angewachsen. Die genaue Zahl kann noch nicht festgestellt werden, aber es sind sicher mehrere tausend Arbeiter festgestellt worden. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Die Organisation der Buchdrucker zählt momentan fast Arbeitslose, was gegenüber

der Gesamtzahl der Beschäftigten einen außerordentlich hohen Prozentsatz darstellt. Alle diese Ziffern erstrecken sich nur auf die organisierten Arbeitslosen. Einzelne große Gewerkschaften stehen bereits vor der Frage, wie lange es möglich sein wird, einem so ungeheuren Heer von Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Aus Nah und Fern.

Raubüberfall. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es, vier gefährliche Räuber zu verhaften. Diese hatten in Eberswalde das Hotel Heinrichsheim gesucht und die Inhaberin gefesselt und gefesselt in einer Kommer gezwungen. Während einer der Räuber mit einem scharfschlagenden Revolver, bei der Überfallen blieb, räuberten die anderen drei die Zimmer des Hotels aus. Mit der Beute fuhren sie dann nach Berlin. Bei dem Versuch, die erbeuteten Waren abzuschaffen, wurden sie von Kriminalbeamten verhaftet.

Marschallungen in Breslau. Wie schon mehrfach wurde auch in der Nacht zum Donnerstag wieder ein Angriff auf das Corps bei der Universität in der Holländischen Straße verübt. Soldaten und Zivilisten, etwa 80 Mann stark, überwältigten Personen. Danach erfolgte ein Überfall auf die Kaserne der Maschinengewehrkompanie des 6. Grenadierregiments, wobei es die Angreifer vermutlich auf die Bekleidungsmagazine abgesehen hatten. Es kam zu einem regelrechten Kampf, wobei auf beiden Seiten Maschinengewehre und Handgranaten in Tätigkeit traten. Schließlich gelang es, den Angreifer zu überwältigen und gegen 35 Mann festzunehmen. Von den 29 zum Teil schwer verwundeten ist einer seinen Verletzungen erlegen.

50 000 Todesopfer der Grippe. Die Grippe hat unter der weißen und schwarzen Bevölkerung in Südostasien bisher über 50 000 Todesopfer gefordert.

Plündерungen. Von der Preisprüfungsstelle Bremen wurde angeordnet, daß die Warenbestände des Kaufmanns Baumarkt zum Ausverkauf gelassen sollen. Dabei sollen bestellte Kunden befragt werden müssen. Des Publikums bemühtigte sich darüber eine große Erregung. Es versuchte, Geschäfte zu plündern. Darauf zogen meist von auswärts stammende Soldaten auch nach anderen Geschäften und plünderten sie. Sie drangen in das städtische Schlachthaus, wo Fleisch gestohlen wurde. Erst später gelang es, die Rufe wieder herzustellen.

278 "Entthronen". Die durch den Sturm der großen Revolution von ihren Thronen herabgeworfen, den übrigen Bürgertum eingereicht, 20 Dynastien von verschiedenem Range bilden nach einer Zusammensetzung der Bielefelder "Volkswacht" ein sehr artifizielles Häuflein. Da ist zunächst Preußen mit seinem Königs paar, das zugleich das deutsche Kaiserpaar war, und mit 20 Prinzen und 11 Prinzessinnen, zusammen 33. Ganz viele Mitglieder weist Bayern auf, nämlich einen König, eine Königin, 15 Prinzen und 16 Prinzessinnen; dazu treten noch in der herzoglichen Linie 5 Herzöge und 1 Herzogin, insgesamt 39. Sachsen gibt ab 1 König, 3 Prinzen und 5 Prinzessinnen und Württemberg mit dem Königs paar 7 Herzöge und 4 Herzoginnen (die durch Heirat ausgeschiedenen Prinzessinnen sind in dieser nicht alltäglichen Statistik fortgelassen), also 13. Bei den großherzoglichen Häusern handelt es sich in Baden um den Großherzog, die Großherzogin, die Großherzogin-Mutter, 2 Prinzen und eine Prinzessin, das sind 6. In Mecklenburg finden wir 1 Großherzog mit Gemahlin, Mutter und Stiefmutter, dazu die verwitwete Streiterin Großherzogin, deneinach 4 Großherzoginnen, 8 Herzöge und 3 Herzoginnen, 16. In Oldenburg das Großherzogs paar, 3 Herzöge, 4 Herzoginnen, 9, und in Sachsen-Weimar Großherzog, Großherzogin, je zwei Prinzen und Prinzessinnen, 6. Nun zu den Herzogsfamilien. Sachsen-Coburg zählte die meisten Mitglieder: das Herzogs paar, 1 Herzoginwitwe, 10 Prinzen und 9 Prinzessinnen (ohne England, Portugal, Belgien, Bulgarien), 22. Sachsen-Meiningen hatte 1 Herzogs paar, 3 Prinzen und 2 Prinzessinnen, 7 Sachsen-Altenburg Herzog und Herzogin, 2 Prinzen und 3 Prinzessinnen, 7. Braunschweig, das Herzogs paar, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, 5. Bei den Fürsten steht Neug bei der Linie mit ebenen, mit 2 Fürsten, 1 Fürstin, 15 Prinzen und 18 Prinzessinnen, 36. Es folgt Schaumburg-Lippe mit dem Fürsten, der Fürstin-Mutter, 17 Prinzen und 7 Prinzessinnen, 26. Dorthin markiert Lippe mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fassungslos sah sie ihn traurig an, bis ein neuer Tränenstrom aus ihren Augen brach und gewaltig ihren Körper erschütterte.

"O Ernst, auch dieser Schlag noch," schluchzte sie. "Was soll denn aus mir werden, wenn auch du mich verläßt! Nirgends einen Halt, nirgend eine Zuflucht. Wie soll das enden?"

"Nur nicht gleich verzagen, mein Lieb," tröstete er. "Was irgend in meinen Kräften steht, will ich ja gerne tun, um dir deine kommenden schweren Stunden zu erleichtern. Dennoch glücklicherweise besitzt ich noch aus einer kleinen Erbschaft einige hundert Mark, womit ich dann deine Leidenszeit in etwas mildere kann. Ich muß dir noch in der kurzen Zeit auf Mitteln marxist Lipp mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fassungslos sah sie ihn traurig an, bis ein neuer Tränenstrom aus ihren Augen brach und gewaltig ihren Körper erschütterte.

"O Ernst, auch dieser Schlag noch," schluchzte sie. "Was soll denn aus mir werden, wenn auch du mich verläßt! Nirgends einen Halt, nirgend eine Zuflucht. Wie soll das enden?"

"Nur nicht gleich verzagen, mein Lieb," tröstete er. "Was irgend in meinen Kräften steht, will ich ja gerne tun, um dir deine kommenden schweren Stunden zu erleichtern. Dennoch glücklicherweise besitzt ich noch aus einer kleinen Erbschaft einige hundert Mark, womit ich dann deine Leidenszeit in etwas mildere kann. Ich muß dir noch in der kurzen Zeit auf Mitteln marxist Lipp mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fassungslos sah sie ihn traurig an, bis ein neuer Tränenstrom aus ihren Augen brach und gewaltig ihren Körper erschütterte.

"O Ernst, auch dieser Schlag noch," schluchzte sie. "Was soll denn aus mir werden, wenn auch du mich verläßt! Nirgends einen Halt, nirgend eine Zuflucht. Wie soll das enden?"

"Nur nicht gleich verzagen, mein Lieb," tröstete er. "Was irgend in meinen Kräften steht, will ich ja gerne tun, um dir deine kommenden schweren Stunden zu erleichtern. Dennoch glücklicherweise besitzt ich noch aus einer kleinen Erbschaft einige hundert Mark, womit ich dann deine Leidenszeit in etwas mildere kann. Ich muß dir noch in der kurzen Zeit auf Mitteln marxist Lipp mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fassungslos sah sie ihn traurig an, bis ein neuer Tränenstrom aus ihren Augen brach und gewaltig ihren Körper erschütterte.

"O Ernst, auch dieser Schlag noch," schluchzte sie. "Was soll denn aus mir werden, wenn auch du mich verläßt! Nirgends einen Halt, nirgend eine Zuflucht. Wie soll das enden?"

"Nur nicht gleich verzagen, mein Lieb," tröstete er. "Was irgend in meinen Kräften steht, will ich ja gerne tun, um dir deine kommenden schweren Stunden zu erleichtern. Dennoch glücklicherweise besitzt ich noch aus einer kleinen Erbschaft einige hundert Mark, womit ich dann deine Leidenszeit in etwas mildere kann. Ich muß dir noch in der kurzen Zeit auf Mitteln marxist Lipp mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fassungslos sah sie ihn traurig an, bis ein neuer Tränenstrom aus ihren Augen brach und gewaltig ihren Körper erschütterte.

"O Ernst, auch dieser Schlag noch," schluchzte sie. "Was soll denn aus mir werden, wenn auch du mich verläßt! Nirgends einen Halt, nirgend eine Zuflucht. Wie soll das enden?"

"Nur nicht gleich verzagen, mein Lieb," tröstete er. "Was irgend in meinen Kräften steht, will ich ja gerne tun, um dir deine kommenden schweren Stunden zu erleichtern. Dennoch glücklicherweise besitzt ich noch aus einer kleinen Erbschaft einige hundert Mark, womit ich dann deine Leidenszeit in etwas mildere kann. Ich muß dir noch in der kurzen Zeit auf Mitteln marxist Lipp mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck, Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, 9 und Schwarzburg, 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, 9. In Summa also 278 "Entthronen".

aber ich wußte, daß es dich ja sehr betrüben würde. Doch einmal mußte ich es dir dennoch sagen, und so weißt du es nun."

Dabei breitete er ein amtliches Schreiben aus, welches sie mit unglaublichen Blicken durchlas.

Fass

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nochmals die Staatsbeamten.

In der letzten Versammlung des Staatsbeamtenvereins wurde den Mitgliedern bekanntgegeben, daß sich der Vorstand veranlaßt gesehen hätte, aus eigener Faust (das Einverständnis sämtlicher Mitglieder vorausgehend!) für den Verein dem „Rat der vereinigten Berufe“ beizutreten. Dies war voreilig und würde bereits gründlich. Obwohl eine große Mehrheit schon damals gegen — wenigstens nicht für — den Anschluß in den „Rat der vereinigten Berufe“ und für einen Anschluß nach links war, hat es der Vorstand verstanden, die Mitglieder zu bereden, daß ein Anschluß gebildet würde, der die Sachlage prüfen sollte, damit sich die Staatsbeamten nicht möglicherweise zwischen zwei Stühlen sehten, weil es zweifelhaft sei, ob der A.- und S.-Rat überhaupt etwas von uns wissen wollt, wir aber im Rat d. v. B.

stark vertreten wären und großen Einfluß ausübt. Der gewählte Ausschuß scheint die Angelegenheit im alten Schlobbian weiterzutragen zu lassen. Denn wenn die in Frage kommenden Beamten vor allem dafür sorgen, daß ihr Gehalt erhöht wird, die Angestellten aber damit vertrösten, daß sie es ja später von selbst bekommen würden, so ist das kein Vertreten der Interessen! Eine neue Versammlung muß Klarheit schaffen. Die Beamten und Angestellten müssen schlüssig sein, was sie wollen. Was sie vom Rat der vereinigten Berufe zu erwarten haben, wissen sie. Ob der A.- und S.-Rat in seiner ehrigen Form lange bestehen bleibt, darüber herrschen ja geteilte Meinungen. Über — und das ist das ausschlaggebende — die Sozialdemokraten haben die Regierungsgewalt nun einmal in Händen und werden sie auch festhalten. Das Richtige gilt für die Beamten und Angestellten ist es, wenn sie sich zusammenfinden und dem Beispiel anderer folgend, geschlossen der sozialdemokratischen Partei beitreten. Dahin gehören wir, und diese wird unser Interessen wirklich vertreten und uns gegen etwaige Angriffe seitens der Vorgezogenen zu schützen wissen!

Der Kautabakverkauf.
Im Interesse der allgemeinen Gesundheit liegt es, dem Kautabakverkauf der Firma Chr. Eitow sofort zu ändern. Entweder der Kautabak wird in zwanzig oder noch mehr Verkaufsstellen abgesetzt, oder Herr Eitow verkauft Mittwochs und Sonnabends den ganzen Tag. Dann kann die Polizei Leute, das fahrende Publikum braucht sich nicht politisch bewegen zu lassen und der Arbeiter hat nicht nötig, nach vollbrachter Tagesarbeit abends noch Stundenlang Polonäje zu stehen. H. Sch.

Literarisches.

Ein für jedermann verständlicher Wegweiser durch das neue Wahlrecht für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung im amtlichen Auftrage herausgegeben und erläutert von Dr. Alfred Schulze, Geheimer Oberregierungsrat und vorliegender Rat im Reichsamt des Innern, erscheint in diesen Tagen (Bei Neimar Hobbing, Berlin SW 61).

Männer und Frauen Lübeck!

Tretet der deutschen demokratischen Partei bei!
Anmeldungen: Geschäftsstelle Beckergrube 1, Ecke Breite Strasse. 6448

Grüße die Parteimitglieder im 11. Distrikt, sich so bald als möglich als tätige Mitglieder bei den Genossen Fritz Lau, Paulstraße 17 II. und F. Jacobs, beim Zappenhof 6, anzumelden. Distriktsführer W. Schoof 6455) Kupferschmiedestr. 17.

Dankdagung.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Spenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau dankt herzlich.

Stockelsdorf, d. 5. 12. 18. 6422 H. Jäger.

Bei einer 2-Zimmerwohnung mit Gas u. Zubehör zu sofort. Br. 200—300 M. Geist. Unt. J.S. an die End. d. St. 6423

Ein Winter-Sammelhaus für 13jähr. Mädchen zu verkaufen. 6423) Lindenstr. 17 a i rechts.

Zu verkaufen ein Knobenschießgewehr mit Scheibe. (6420 Buehnh. 1a L. Gr. Mühlendorf. Gut erh. zweitäl. Bettwäsche in Matt. zu verkaufen. 6424) Vorwerk, Dorfstr. 10.

Kohlblätter

als Viehfutter unentbehrlich abzugeben. 6426

Wachsmuth, Nebenhof 12.

Zu kaufen geücht ein kleiner Wagen für Pferdeführer. 6425) Marienstraße 29 a.

Zahnarzt Ahrens zurück. (6444)

Verkauf von Hefe.

5459) Braunitz. 22, 1. Et.

Gegen von Gas- und elektrischen Anlagen wird noch ander kommen von Richard Becker 6463

Monteur. Sadowastraße 23 I. Etg.

Wieder-Gründung meiner Schlaferei.

Bitte meine werte Kundinnen am Eintragen in die Kundenliste. 6429) Hochachtungsvoll

Aug. Hellmann Johannisstraße 17/19.

Meiner geehrten Kundin darf ich Ihnen mitteilen, daß ich mein Geschäft wieder geöffnet habe.

Hochachtungsvoll

Martin Brandes, Freiherr 6424) Schwarauer Allee 175.

Habe mein Aug.-Ohrspeicke-Gefäß

am gekrönen Saub. Bedienung.

Die Frau, Schlesier,

6421) Siegenstraße 19 c.

Samstagabend:

frisch. Fleisch

J. Bübker,

Küchenschlaferei, Friedenstr. 42.

Wendheim für Frauen

97 Königstraße 97

gleich geöffnet

am Donnerstag u. Sonnab-

sonn 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr.

Sehr herzlich. (6426)

Konsumentverein für Lübeck II. Umgeg.

e. G. m. b. H.

General-Versammlung
am Mittwoch, d. 11. Dez. 1918
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerbehause, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Jahresberichte.
 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 3. Beschlussfassung über die Verteilung der Erträge.
 4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
 5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.
 6. Revisionsbericht.
 7. Änderung des Statuts. (Erhöhung der Geschäftsanteile).
 8. Antrag der Verwaltung zu § 47 Absatz 9 des Statuts.
- Eintritt und Abgabe der Stimme nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Robert Waldburger,
Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Die Bilanz liegt in unseren sämtlichen Warenabgabestellen vom Mittwoch, dem 4. Dezember zur Einsichtnahme der Genossen aus.

Die Geschäftsberichte werden in den nächsten Tagen ebenfalls den Mitgliedern in den Abgabestellen zur Verfügung stehen.

Der Vorstand.

Lübecker Beamtenbund.
Hauptversammlung
am Sonntag, 8. Dezember 1918, 11 Uhr vorm.

im Hansa-Theater.

Tagesordnung:

Die neue Zeit und die Beamtenschaft.

Referent: Herr Dr. Wittern. 6427

Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Beachten Sie das
morgen erscheinende



Inserat!

Erneut beweist das

Holstenhaus

damit seine ausserordentliche
Leistungsfähigkeit.

Bom Müller entlohen, habe

ich mein Gefäß wieder ei-
ffnet und bitte meine werte

Kundin, mein Unternehmen

gültig untersagen zu wollen.

Hugo Krogmann

Photograph (6420)

Sehlutup.

Bom Müller entlohen, habe

ich mein Gefäß wieder ei-
ffnet und bitte meine werte

Kundin, mein Unternehmen

gültig untersagen zu wollen.

Ludwig Wiegel

Fotografie 60, Sehlutup. 6427

Sehlutup.

Tonhalle
Heute und folgende Tage:
Der Großfilm der Stunde Ferdinand Lassalle

Des Volkstribunen Glück und Ende.

1 Vorspiel, 6 Akte.

Keine Macht der Erde vermögt das langsame und majestätische Gelingen der Sonne zu verhindern. Was eine Stunde ist in dem Wettbewerb eines jeden Tages, das sind ein oder zwei Jahre in den weit imposanteren Schauspielen eines weltgeschichtlichen Formenauftanges.

Dezember 1918

Ferdinand Lassalle

Ein Kampf um Liebe, Vaterland und Freiheit.

Visitenkarten Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige

Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Versammlung

Deutscher Transportarbeiter - Verh.

Ortsverwaltung Lübeck.

Schlepp - Schiffahrt

beschäftigte Kollegen
am Sonnabend, 7. Dezbr.

abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu den Lohn-
forderungen.

Das Erscheinen sämtlicher
Kollegen ist erforderlich.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Freitag abend 7 Uhr:

Sah ein Knab' ein
Röslein steh'n.

Sonnabend zum ersten Male
Wenn im Frühling der
Holunder . . . !

Operettenposse v. Heinz Lewin
Sonntag nachm. 3 Uhr:

„Rotkäppchen“

Sonntag abend 7 Uhr:
Wenn im Frühling der
Holunder . . . !

Der Vorstand.

Zeitschriften aller Art. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Preiskatalog

bei Brüggemann, Schwartauer
Allee 14 a u. Strohkar, Schwartauer
Allee 92.

Sonnabend und Sonntag Schlußtage.

Künstler-Verband Lübeck.

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

Freitag, den 6. Dezember:
9. Vorstell. im Freitag-Ab.

Anttag 7 Uhr.

Tiefland.

Musikdrama in 1 Vorspiel
u. 2 Akt. v. Eugen d'Albert.

Sonnabend, den 7. Dezember:
Mignon.

Sonntag, den 8. Dezember:
3. Volksvorstellung

Die Straße nach Steinach.

Verlosung der Plätze Freitag
und Sonnabend von 7 1/2 bis
8 1/2 Uhr.

Abends 7 Uhr

Rose von Stambul.
Dienstag, den 10. Dezember:
Fanny's erstes Stück.